

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 75 (1981)
Heft: 9

Rubrik: Zeichen der Zeit : Reagans "Pax Americana"

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 30.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

WILLY SPIELER

Zeichen der Zeit

Reagans «Pax Americana»

Ronald Reagan ist seit acht Monaten Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika. Die Zeichen, die er in dieser Zeit setzte, deuten auf Sturm. «Wir haben jedes Recht, heroische Träume zu träumen», hieß schon das Leitmotiv seiner intellektuell dürftigen und moralisch zweifelhaften Antrittsrede. Ist das die Sprache eines Demokraten, eines friedliebenden Politikers, gar eines Christen? Oder ist es die Sprache eines «autoritären Charakters», wie ihn Theodor Adorno in seiner gleichnamigen Studie über die Syndrome des amerikanischen Faschismus analysiert hat?* Soviel steht jedenfalls fest: Vor lauter «heroischen Träumen» verkennt Mr. Reagan, daß die wichtigste Aufgabe der USA die Sicherung eines dauerhaften Friedens wäre. Statt dessen betreibt seine Regierung eine Politik der Friedlosigkeit. Im eigenen Land schürt sie durch einen beispiellosen Sozialabbau den Klassenkampf von oben. Und ihre Außenpolitik erschöpft sich in einem kruden Antikommunismus, der die sozialistischen Staaten am liebsten «totrüsten» möchte. Die Reagan-Administration ist zur größten Gefahr für den Weltfrieden geworden.

Klassenkampf von oben

Wer die Innenpolitik der gegenwärtigen US-Regierung als «konservativ» bezeichnet, tut dem Konservatismus unrecht. Der echte Konservative ist bereit, das bestehende System zu bewahren, es um der Erhaltung willen auch weiterzuentwickeln. Nicht so die Reagan-Administration; denn ihre Politik orientiert sich an der frühkapitalistischen Vergangenheit. Was sie erneuern will, ist nicht der Status quo, sondern der Status quo ante. Sie ist daher nicht konservativ, sondern ganz einfach reaktionär. Sie vertritt jene Klasse arrivierter Kleinbürger, deren Anwesenheit schon die Amtseinführung des 40. Präsidenten zum abstoßenden Spektakel machte, zur Verschwendung von acht Millionen Dollar in Juwelen, Nerz und Bratenrock, die wieder ausgegrabene Hymne «Hail to the Chief» nicht zu vergessen.

Vom Aufstand der Spießer zum Bürgerkrieg?

Ein Triumph der Reaktion sind die jüngsten Budgetkürzungen und die Annahme des neuen Steuerprogramms durch den Kongreß. Die

* Theodor Adorno, Studien zum autoritären Charakter, Suhrkamp Taschenbuch, Frankfurt a. M. 1973. Nachstehende Zitate und Seitenzahlen sind dieser Ausgabe entnommen.

Ausgaben für die soziale Sicherheit wurden massiv zusammengestrichen: 60 Prozent weniger Arbeitslosenunterstützung, 25 Prozent weniger für Betagte und Behinderte, 33 Prozent weniger für den Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz, 78 Prozent weniger für den Silikose-Fonds, 18 Prozent weniger Lebensmittelmarken, 16 Prozent weniger Unterstützung für kinderreiche Familien unter der Armutsgrenze, 50 Prozent weniger Stipendien für Universitätsstudenten und so weiter. Auf der andern Seite hätschelt die Reagan-Administration das Großkapital mit einer 25prozentigen Steuersenkung in drei Jahren. Die niedrigsten Einkommensklassen haben das Nachsehen; ihre Mehraufwendungen für die AHV sind größer als die zu erwartenden Steuerrabatte. Nicht weniger beunruhigend als das neue Steuerprogramm ist die Art, wie es zustande kam: mit einem populistischen Fernsehappell an die Massen («ihr müßt frei sein, nach Höherem zu streben») und mit Zuckerbrot und Peitsche gegenüber zögernden Abgeordneten, kurz mit Methoden, die geeignet sind, die Demokratie zur Staffage eines neuen Despotismus verkommen zu lassen.

Während die Reichen reicher werden, ist der Hunger das Kontrastprogramm für die Armen. Erst wenn die Armen wieder hungern, verspüren sie den «Stachel der Armut», der sie anspornt, dem «Fortschritt» zu dienen. So will es Reagans Evangelium, das in George Gilders Buch «Reichtum und Armut» seine bislang reinste Apologie gefunden hat (TA vom 12. August). Bestätigt wird Adornos Beobachtung: «Das Utopia Amerikas scheint noch immer eher das des Schuhputzerjungen zu sein, der es zum Eisenbahnkönig bringt, als das einer Welt ohne Armut» (S. 261). Denn, so lesen wir bei George Gilder: «Materieller Fortschritt ist unweigerlich elitär. Er macht die Reichen reicher und setzt die wenigen außerordentlichen Männer, die imstande sind, Reichtum zu produzieren, über die demokratischen Massen, die den Reichtum konsumieren.» Dazu nochmals Adorno: «Das Ziel der pseudokonservativen Mentalität ist die Errichtung einer Diktatur der wirtschaftlich stärksten Gruppe. Sie ist mit Hilfe einer Massenbewegung zu erreichen, die dem sogenannten 'kleinen Mann' Sicherheit und Vorrechte verspricht, wenn sie sich den richtigen Leuten zur richtigen Zeit anschließen» (S. 219).

Reagan will mit seiner Politik zwar die Wirtschaft ankurbeln und die Inflation dämpfen. Doch wird diese Rechnung kaum aufgehen. Amerikas Hochzinspolitik hat die Zahl der Konkurse auf eine Rekordhöhe getrieben und damit auch das Wirtschaftswachstum zum Stillstand gebracht. Die Inflation steigt wieder mit zweistelligen Zahlen. Die Steuersenkungen dürften sie zusätzlich anheizen, da die eingesparten Milliarden wohl in erster Linie dem privaten Konsum zufließen werden. Hinzu kommt die Befürchtung, daß der gegenwärtige Konzentrations-

prozeß der Wirtschaftsgiganten diese in die Lage versetzen könnte, immer höhere Preise zu diktieren.

Kapitalismus oder Demokratie?

Die Folgen von Reagans Angriff auf das «Herzstück liberaler Sozialpolitik» seit Roosevelt, Kennedy und Johnson sind leicht abzusehen: Gewaltakte und brennende Stadtviertel, Klassen- und Rassenkämpfe, die sich wechselseitig überlagern und verschärfen, genau wie im heutigen England, wo Reagans monetaristisches Rezept bis zur schärfsten Wirtschaftskrise seit Kriegsende durchexerziert wurde. Was wird dannzumal von einem Mann zu erwarten sein, der streikende Fluglotsen in Handschellen abführen läßt, der schon als Gouverneur von Kalifornien protestierenden Studenten ein Blutbad androhte und der es liebt, sich in Cowboy-Montur ablichten zu lassen, die Stiefel grinsend auf den Tisch gestreckt, als ein von keinerlei sozialen Skrupeln angekränkelter Hilfssheriff des Großkapitals?

Der Preis für Reagans Politik wäre aber auch dann zu hoch, wenn sie in den nächsten Jahren Erfolg hätte. Sollte der Präsident je einen Blick in den an ihn adressierten Bericht «Global 2000» werfen, dann müßte er zur Kenntnis nehmen, daß Umwelt und Ressourcen eine ganz andere Politik verlangten, das genaue Gegenteil eines wirtschaftlichen Superwachstums. Wer gar Umweltschutzgesetze abschafft, um Big Business zu gefallen, der handelt nicht einmal mehr reaktionär; in Anlehnung an Martin Heideggers (konservative) Kritik gegenüber dieser Art von «Amerikanismus» finde ich dafür keine anderen Begriffe als «seinsvergessen» und «nihilistisch».

Zu hoch ist der Preis der «Reaganomics» auch für die amerikanische Demokratie. Seit aus dem Kabinett verlautete, daß «das Große nicht schlecht» sei («bigness is not badness»), wurden die Großunternehmen und Konzerne von einem Fusionsfieber gepackt, das auch noch die letzten Reste einer demokratischen Kontrolle über diese geballte Wirtschaftsmacht beseitigen dürfte. Amerika werde sich zwischen Kapitalismus und Demokratie entscheiden müssen, schrieb Roman Berger vor einem guten Jahr in unserer Zeitschrift (NW 1980 166ff.). Es scheint so, als sei die Entscheidung bereits gefallen.

Antikommunismus als Außenpolitik

Nicht einfach «konzeptlos», wie Kritiker behaupten, ist Reagans Außenpolitik. Sie beruht vielmehr auf dem erschreckend einfachen «Konzept», die Sowjetunion für alle Schwierigkeiten der USA verantwortlich zu machen und möglichst aus der Weltpolitik zu verdrängen, der Sowjetunion im Grunde vorzuwerfen, daß es sie überhaupt noch

gibt. Auf die Menschenrechte mag einmal ein ehrgeiziger Farmer aus Georgia gesetzt haben, bevor er seine Meinung änderte; was heute zählt, sind die Bastionen im Kampf gegen den «internationalen Terrorismus», der angeblich von der UdSSR ausgeht. Nach diesem «Konzept» erfolgten bislang alle außenpolitischen Ernennungen und Gehversuche der neuen Administration.

Neue Gesichter für alte Diktaturen

Außenminister wurde Alexander Haig, ein Mann mit «Watergate-Vergangenheit», für den es «wichtigere Dinge als Frieden» gibt. Als «gläubiger Katholik» macht er das Gute zur Sache der ganzen Welt und erklärt daher «die ganze Welt» zur «Sache der Nato». Von den Asean-Staaten fordert er eine «kollektive Politik der Stärke zur gemeinsamen Abwehr der Kräfte des Bösen» (NZZ vom 22. Juni). Nicht viel anders sieht das Weltbild von Richard Allen aus, der heute Sicherheitsberater des Präsidenten ist, nachdem er früher einmal bezahlter Lobbyist des faschistischen Portugal war. Ihm, der täglich den Präsidenten über die Weltlage orientieren soll, sagt selbst die «Weltwoche» eine «nahezu paranoide antikommunistische Besessenheit» nach. Jane Kirkpatrick, Reagans Uno-Botschafterin, plädiert für die Schonung «repressiver» oder «autoritärer» Systeme, solange diese sich stramm antikommunistisch verhalten. Und Chefberater Edwin Meese bedauert noch heute die Demonstrationen gegen den Vietnamkrieg, da sie die US-Regierung davon abhielten, «die zum Sieg nötigen Schritte zu unternehmen». Den Kubanern droht er mit einer Invasion, falls sie weiter die Opposition in El Salvador unterstützten.

Den neuen Gesichtern entspricht die neue Außenpolitik. Die proamerikanischen Uniformdiktaturen in Chile, Argentinien, Paraguay und Uruguay werden wieder wie respektable Bündnispartner behandelt und mit Darlehen der Weltbank aufgepäppelt. Die Staatsterroristen, die sich in Guatemala und El Salvador an die Macht klammern, erhalten direkte Militärhilfe, auch wenn sie amerikanische Nonnen und Agrarexperten umbringen. «Suspendiert» wurde hingegen das 75-Millionen-Dollar-Programm für Nicaragua. Die in Miami und Honduras «trainierenden» Somoza-Schergen bieten wohl neue Perspektiven. Und überhaupt: Entwicklungshilfe ist nicht mehr dazu da, die sozialistischen Feinde der USA in der Dritten Welt zu füttern.

Als einer der ersten ausländischen Regierungschefs wurde Südkoreas Diktator Chon Doo Hwan im Weißen Haus empfangen, der Mann, der den Demokratisierungsprozeß in seinem Land abwürgte, 16 000 Regimekritiker verhaften und in Kwangju Hunderte von Demonstranten niederschießen ließ. Das hinderte Mr. Reagan nicht, in seinem Trinkspruch Südkoreas «Einsatz für die Freiheit» zu loben.

Von Washington endlich wieder als «freundlich gesinnte Nation» behandelt sieht sich auch das weiße Minderheitsregime in Südafrika, so sehr, daß es glaubt, mit Reagans Segen seine unrechtmäßige Herrschaft über Namibia aufrechterhalten und «Entlastungsangriffe» gegen Angola führen zu können. Und Israel wurde gar zum «Alliierten» der USA befördert. Die Begin-Regierung darf daher ungestraft das irakische Kernforschungszentrum bei Bagdad zerstören und die Beiruter Innenstadt bombardieren. Washingtons «Verärgerung» geht vorüber und ist ohnehin nur für die Öffentlichkeit bestimmt. Zwei Monate später wird Israel mit F-15- und F-16-Kampfflugzeugen belohnt.

Kolonisierung Europas

Das für Europa traurigste Kapitel der bisherigen Reagan-Zeit wurde am 23. Februar geschrieben, als die US-Regierung keinen Finger rührte, um den faschistischen Putschversuch in Spanien zu verhindern. Haig gab zu verstehen, es handle sich dabei um «eine innere Angelegenheit Spaniens». Er hoffte wohl, ein faschistisches Spanien würde den USA bei der Stationierung von Nuklearwaffen oder bei der Suche nach Zwischenlandeplätzen für Einsätze im Nahen Osten mehr entgegenkommen als ein demokratisches. Wir notieren: Die USA mischen sich nur dann in die inneren Angelegenheiten eines verbündeten Staates ein, wenn diese ihrem Antikommunismus zuwiderlaufen, wenn zum Beispiel die BRD mit Rußland ein Röhren-Erdgasgeschäft abschließen will oder wenn in Frankreich die Kommunisten an der Regierung beteiligt werden; nicht aber, wenn Faschisten eine demokratisch gewählte Regierung stürzen . . . Die «freie Welt» wird zur amerikanischen Chiffre für die eigene Hegemonie. Schon Adorno wußte, «daß, sollte es jemals Faschismus in Amerika geben, er Antifaschismus heißen würde» (S. 403).

Amerika als Partisan Gottes

Gegenüber der Sowjetunion schürt die US-Regierung alle nur möglichen Einkreisungsängste. Pakistans Zia ul-Haq erhält — demokratische Legitimation hin, Atombombenpläne her — die modernsten Kampfflugzeuge. Japan wird unter massiven Druck gesetzt, seine Militärausgaben zu erhöhen, was selbst Außenminister Sonoda zur Bemerkung veranlaßte, die USA seien «großmachtsüchtig». Nach der Devise, daß der Feind meines Feindes mein Freund ist, spielen Reagan und Haig die «chinesische Karte» aus. Die Volksrepublik China wird zur «befreundeten Nation» ernannt und mit Kriegsmaterial «in größerem Umfang» geködert.

Bereits an seiner ersten Pressekonferenz suchte Außenminister Haig die Sowjetunion mit der Behauptung zu provozieren, sie sei für

Ausbildung und Finanzierung des «internationalen Terrorismus» verantwortlich. Doch nicht einmal die CIA konnte ihm helfen, als er nach Beweisen gefragt wurde. Kurz zuvor hatte Präsident Reagan Moskau beschuldigt, es bediene sich für seine Ziele beliebiger «Verbrechen, Lügen und des Betrugs». In einem Interview vom 2. Februar erklärte er gar, die Sowjets hätten keine Moral, weil sie «nicht an ein Leben nach dem Tod und nicht an Gott glauben». Auch auf Reagan trifft zu, was Adorno über einen Sektenprediger der vierziger Jahre schrieb: «Daß die Kommunisten Teufel sind oder er ein Partisan Gottes, dafür liefert er keinen Beweis, außer daß er Gottes Namen im Munde führt» (S. 437). Mit einigem Recht konterte die Prawda, das Weiße Haus hätte noch stets «vor Frömmigkeit gestöhnt», wenn es Abenteuerliches im Sinn gehabt habe.

«Größe» durch programmierten Wahnsinn

Am 17. Mai verkündete Präsident Reagan vor Absolventen der Universität South Bend im Bundesstaat Indiana: «Der Westen wird den Kommunismus nicht in Grenzen halten, er will über den Kommunismus hinaus. Wir werden nicht einmal trachten, den Kommunismus zu kritisieren, wir werden ihn einfach als ein trauriges und bizarres Kapitel der Menschheitsgeschichte auffassen, dessen letzte Seiten gegenwärtig geschrieben werden. Es ist an der Zeit, daß Amerika und der Westen wagen, der Welt zu zeigen, daß unsere Werte nicht wie die Ideologie und die Kriegsmaschine der totalitären Gesellschaften nur eine oberflächliche Kraft darstellen.» Adorno sprach in solchem Zusammenhang von einem «Schafe und Böcke»-Trick, der zum Repertoire faschistischer Propaganda gehöre. Diese müsse, «um erfolgreich zu sein, stets den Gegner als Erzfeind und die eigene Gruppe als in jeder Beziehung nobel und bewundernswert ausmalen» (S. 436). Gefährlich an Reagans und seiner Minister Weltbild ist aber nicht nur der primitive Schwarz-Weiß-Raster ihres Urteilshorizontes, sondern der offenkundige Wille, von einem bloßen «containment» zu einem neuen «roll back» überzugehen, das an die Kalte Kriegführung eines John Foster Dulles erinnert.

Feindbild als Spiegelbild

Reagans «Analyse» des Kommunismus ist allerdings nicht frei von Widersprüchen. Für das «befreundete China» scheint sie ohnehin nicht zu gelten. Unerfindlich bleibt vor allem, weshalb Reagan einen Kommunismus, der bereits am Ende ist, erst noch «totrüsten» muß. Wenn die Werte, die Amerika verteidigt, mehr sein sollen als eine «oberflächliche Kraft», weshalb werden sie dann mit der oberflächlichsten Kraft verteidigt, die Amerika hat: mit einer militärischen Hochrüstung,

der größten in Friedenszeiten, die in den nächsten fünf Jahren 1 500 Milliarden Dollar verschlingen soll?

Unter dem Reaganschen Wahlslogan «let's make America great again» wird echte nationale Größe mit militärischer Stärke verwechselt. Darin liegt die fundamentale Schwäche der Reagan-Administration, darin liegt aber auch die Gefahr, die ihre Rüstungspolitik für den Weltfrieden bedeutet. Das spätkapitalistische System, das sie mit frühkapitalistischen Methoden «erneuern» möchte, bringt weltweit viel zu viel Verelendung hervor, als daß ihm nicht überall in der Welt Widerstand erwachsen müßte. Dieser Widerstand aber kann für Reagan und seine Leute nur das Resultat «kommunistischer Wühlarbeit» sein. Dagegen müssen sie militärisch reagieren, gerade weil ihr «way of life», ihre Werte und ihre Gesellschaftsordnung nicht überzeugen können. Das Feindbild, das sie auf die Sowjetunion projizieren, das ist ihr eigenes Spiegelbild: Ideologie + Kriegsmaschine = oberflächliche Kraft.

Schritte zum nuklearen Abgrund

Daß die US-Regierung selbst wohl am wenigsten an eine weltumspannende «Pax Americana» glaubt, zeigt ihr manisch anmutendes Streben nach militärischer Ueberlegenheit auf allen Ebenen, bei allen Waffensystemen und in allen Teilen der Erde. Zwar verfügen die USA über 9 200 Atomsprengköpfe, die UdSSR über deren 6 000, und dennoch ist die Reagan-Administration überzeugt, Amerika habe zu wenig für seine Verteidigung getan. Genügt es denn nicht, daß man seinen Gegner gleich mehrfach vernichten kann? Auch der «Nachrüstungsbeschluß» der Nato vom Dezember 1979 zielt nicht auf Gleichgewicht, sondern auf Uebergewicht. Gewiß sind heute 250 sowjetische SS-20-Raketen auf Westeuropa gerichtet. Ihnen stehen jedoch die auf U-Booten stationierten Raketen der Amerikaner, Trident 1 und bald schon Trident 2, gegenüber. Hinzu kommen die «vorgelagerten Systeme»: Flugzeugträger der Mittelmeerflotte und Flugplätze in England und in der BRD, nicht zu vergessen die britischen und die französischen Atomwaffen. Wozu «braucht» es da noch 108 Pershing-II-Raketen und 464 Marschflugkörper (Cruise Missiles)? Ihre Stationierung in Westeuropa ab 1983 bedroht die UdSSR nicht anders, als 1963 die Stationierung sowjetischer Raketen auf Kuba die USA bedrohte. Soll die UdSSR den USA auch ein «Kennedy-Ultimatum» stellen? Oder traut Amerika der Sowjetunion mehr Vernunft zu als sich selbst? «Die nächsten drei bis vier Jahre werden gefährlicher als der ganze Rest dieses Jahrhunderts», warnte kürzlich Hermann Kahn, der bislang zu den Befürwortern des Reagan-Kurses in der Hochrüstung zählte.

Einen weiteren Schritt hin zum nuklearen Abgrund tat der 40.

Präsident der USA, als er am 36. Jahrestag des Abwurfs der Atombombe auf Hiroshima beschloß, die Produktion der Neutronenwaffen freizugeben. Die europäischen Nato-Partner brauchte er gar nicht erst zu fragen, sie sollen froh sein, wenn sie dadurch vor einem sowjetischen Panzerangriff «geschützt» werden. Im übrigen sind sie selber schuld, daß die europäische Mittelfront «nur» mit 6 000 Nato-Panzern «verteidigt» werden kann, während der UdSSR 19 000 Panzer zum «Angriff» zur Verfügung stehen. Warum übersieht der Stratege im Weißen Haus die 193 000 panzerbrechenden Waffen, die in den Arsenalen der Nato lagern, davon mehr als 100 000 allein in der BRD? Nein, für die Neutronenbombe besteht auch nach der perversen Logik der militärischen «Abschreckung» keinerlei Bedarf. Die Einführung dieser «sauberen», kleinkalibrigen und punktgenau einsetzbaren Waffe senkt nur die Schwelle zum Atomkrieg. Darüber hinaus wird sie kommende Abrüstungsverhandlungen erschweren, wenn nicht verunmöglichen.

Wer aufrüstet, bevor er verhandelt, der will gar nicht verhandeln, der will vielmehr eine Position der Stärke erlangen, die es ihm erlaubt, Ultimaten zu stellen und Bedingungen zu diktieren. Mehr denn je erscheint das Verhandlungsangebot im «Nato-Doppelbeschluß» vom Dezember 1979 als die Farce, die es von Anfang an war. Darum werden auch Moskaus Vorschläge für atomwaffenfreie Zonen und insbesondere für ein Moratorium bei der Stationierung weiterer Mittelstreckenwaffen, ja für den gegenseitigen Verzicht auf dieses Teufelszeug von der US-Regierung als «Propagandatricks» abgetan.

Zeichen einer historischen Wende

«Breschnew zittert, wo es um den Weltfrieden geht.» Was Willy Brandt in einem Gespräch mit dem «Spiegel» (6. Juli) über den Ersten Sekretär der KPdSU sagte, gilt leider nicht für den ersten Repräsentanten der kapitalistischen Hegemonialmacht. Seit Mr. Reagan immer unverhohlener auf militärische Ueberlegenheit, ja auf die Möglichkeit eines lokal begrenzten, sprich «europäisierten» Atomkrieges setzt, ist es auch den europäischen «Verbündeten» nicht mehr geheuer. Existenzangst greift um sich, Angst vor den eigenen «Beschützern». Dennoch fehlt es nicht an Zeichen, daß gerade diese Angst eine historische Wende herbeiführen könnte. Die Völker Europas hören neue Signale: in der erstarkenden Friedensbewegung und im Sieg der Arbeiterbewegung bei den französischen Präsidenten- und Parlamentswahlen. Die Rettung vor einer rüstungsbesessenen US-Regierung kann nur im Bündnis von Friedensbewegung und Arbeiterbewegung liegen. Die beiden großen Bewegungen — wieder — zusammenzubringen, ist die wichtigste Aufgabe der nächsten Jahre. Auch in der Schweiz.